

TOP 3.6.1
Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze
Oktober 2019

TOP 3.6.2
Beschäftigungsaktionen für Ältere in Wien

TOP 3.6.3
Veranstaltungen

TOP 3.6.4
Aktueller Bericht

Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze Vergleich Oktober 2018 mit Oktober 2019

Bundesländer	verl. Lehrzeit, TQL	§ 30 BAG	§ 30b BAG	ÜBA insgesamt (IBA u BAG)	Jugendliche in anderen Schulungen (15 – unter 19 jährige)	Lehrstellen-suchende für sofort	Lehrstellen-suchende für sofort insgesamt	Offene Lehrstellen für sofort
Burgenland 31.10.2018	95	0	302	397	244	126	370	99
Burgenland 31.10.2019	129	0	256	385	183	117	300	109
Veränderung	34	0	-46	-12	-61	-9	-70	10
Veränderung %	35,8%		-15,2%	-3,0%	-25,0%	-7,1%	-18,9%	10,1%
Kärnten 31.10.2018	0	0	267	267	489	361	850	430
Kärnten 31.10.2019	5	0	240	245	437	407	844	528
Veränderung	5	0	-27	-22	-52	46	-6	98
Veränderung %	0,0%		-10,1%	-8,2%	-10,6%	12,7%	-0,7%	22,8%
Niederösterr 31.10.2018	282	0	867	1.149	1.159	1.226	2.385	771
Niederösterr 31.10.2019	267	0	916	1.183	1.090	1.267	2.357	821
Veränderung	-15	0	49	34	-69	41	-28	50
Veränderung %	-5,3%	0,0%	5,7%	3,0%	-6,0%	3,3%	-1,2%	6,5%
Oberösterr. 31.10.2018	619	0	406	1.025	1.264	528	1.792	1.769
Oberösterr. 31.10.2019	668	0	352	1.020	990	626	1.616	2.070
Veränderung	49	0	-54	-5	-274	98	-176	301
Veränderung %	7,9%	0,0%	-13,3%	-0,5%	-21,7%	18,6%	-9,8%	17,0%
Salzburg 31.10.2018	58	0	52	110	434	368	802	872
Salzburg 31.10.2019	46	0	55	101	347	305	652	1.019
Veränderung	-12	0	3	-9	-87	-63	-150	147
Veränderung %	100,0%	0,0%	5,8%	-8,2%	-20,0%	-17,1%	-18,7%	16,9%
Steiermark 31.10.2018	323	0	588	911	794	830	1.624	870
Steiermark 31.10.2019	253	0	525	778	874	757	1.631	901
Veränderung	-70	0	-63	-133	80	-73	7	31
Veränderung %	-21,7%	0,0%	-10,7%	-14,6%	10,1%	-8,8%	0,4%	3,6%
Tirol 31.10.2018	61	0	54	115	401	282	683	961
Tirol 31.10.2019	77	0	26	103	427	364	791	916
Veränderung	16	0	-28	-12	26	82	108	-45
Veränderung %	26,2%	0,0%	-51,9%	-10,4%	6,5%	29,1%	15,8%	-4,7%
Vorarlberg 31.10.2018	0	0	192	192	336	266	602	424
Vorarlberg 31.10.2019	0	0	197	197	239	265	504	461
Veränderung	0	0	5	5	-97	-1	-98	37
Veränderung %	0,0%	0,0%	2,6%	2,6%	-28,9%	-0,4%	-16,3%	8,7%
Wien 31.10.2018	1.029	0	2.617	3.646	2.682	2.886	5.568	403
Wien 31.10.2019	1.063	0	2.799	3.862	1.870	3.036	4.906	475
Veränderung	34	0	182	216	-812	150	-662	72
Veränderung %	3,3%	0,0%	7,0%	5,9%	-30,3%	5,2%	-11,9%	17,9%
Österreich 31.10.2018	2.467	0	5.345	7.812	7.803	6.873	14.676	6.599
Österreich 31.10.2019	2.508	0	5.366	7.874	6.457	7.144	13.601	7.300
Veränderung	41	0	21	62	-1.346	271	-1.075	701
Veränderung %	1,7%	0,0%	0,4%	0,8%	-17,2%	3,9%	-7,3%	10,6%

TOP 3.6.2 Beschäftigungsaktionen für Ältere in Wien

Schwierige Arbeitsmarktlage für Ältere

Der Anteil der älteren WienerInnen über 50 Jahren an allen Wiener Beschäftigten betrug im Jahr 2018 durchschnittlich 27 %. Im Vergleich dazu: 2012 waren es noch 21,9 %. Der Anteil der Arbeitslosen über 50 an allen arbeitslos gemeldeten Personen ist im gleichen Zeitraum von 20 % (2012) auf 23,7 % (2018) gewachsen.

Während die Arbeitslosigkeit insgesamt seit Mai 2017 sinkt, ist sie bei über 50-Jährigen nur vom November 2017 bis Juli 2018 zurückgegangen. Dann kehrte sich der Trend wieder um. Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich bei dieser Personengruppe deutlich erhöht.

Diese Situation führte zu mehreren Beschäftigungsaktionen:

Aktion 20.000

Im Juni 2017 wurde die Aktion 20.000 beschlossen. Bis Ende Juni 2019 sollten 20.000 staatlich geförderte und kollektivvertraglich bezahlte Arbeitsplätze für langzeitbeschäftigungslose Menschen über 50 Jahren geschaffen werden. Ende 2018 wurde die Förderung von der damaligen Bundesregierung wieder gestoppt.

Trotz des kurzen Geltungszeitraums war die Aktion 20.000 erfolgreich. Das belegen die Wiener Zahlen: In Wien fanden 870 Personen eine Beschäftigung bei der Gemeinde Wien, bei gemeindenahen Einrichtungen und gemeinnützigen Organisationen (NGO/NPO). Die Weiterbeschäftigung über den Förderzeitraum beträgt im Gesamtdurchschnitt rund 30 %. Über 50 %, nämlich 125 Personen, wurden nach Ende des Förderzeitraums von der Gemeinde Wien übernommen.

Joboffensive 50 plus

Da eine Fortführung der Aktion 20.000 nicht erreicht werden konnte, wurde in Wien mit September 2019 ein neues Beschäftigungsprogramm für ältere Arbeitslose gestartet.

Durch die Joboffensive 50plus sollen 500 ältere, arbeitssuchende WienerInnen Beschäftigungschancen bei der Gemeinde Wien, gemeinnützigen Einrichtungen und privaten Unternehmen erhalten. Dabei wird die Eingliederungsbeihilfe des AMS durch eine Förderung der Stadt aufgestockt. Das ergibt eine einjährige 100%ige Förderung im öffentlichen Bereich und 2/3 bei privaten Dienstgebern. Ziel der Joboffensive 50plus ist die Weiterbeschäftigung auch nach dem Förderzeitraum, dies wird als Bedingung definiert.

Die Joboffensive ist gut angelaufen. Es wurden 2.300 Stellen gemeldet. Bei der Jobmesse kamen mehr als 2.000 Arbeitslose und MindestsicherungsbezieherInnen.

Bis Mitte November konnten bereits 124 Personen eine neue Beschäftigung beginnen, weitere 107 Anträge waren in Bearbeitung.

Voraussichtlich werden die 500 angestrebten neuen Beschäftigungen bis Ende des Jahres erreicht werden. Derzeit wird von der Gemeinde Wien über eine Aufstockung der Joboffensive nachgedacht.

TOP 3.6.3 „Arm und arbeitslos? Perspektiven für europäische Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung“ – Gemeinsame Veranstaltung von AK EUROPA, ÖGB Europabüro und DGB Brüssel, am 14. November 2019 in der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel

Details zur Veranstaltung

Auf dem Podium diskutierten Alice Kundtner, Ingrid Reischl (leitende Sekretärin, ÖGB), Annelie Buntentbach (Mitglied des Bundesvorstands, DGB) und Barbara Kauffmann (Europäische Kommission, DG Empl). Zu Beginn begrüßte Oliver Röpke (Leiter des ÖGB-Europabüros, Präsident der Arbeitnehmergruppe im EWSA) das Publikum. Die Moderatorin Aline Hoffmann (Europäisches Gewerkschaftsinstitut) führte durch den Abend. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, es waren **ca 100 Personen** anwesend. Der Podiumsdiskussion folgte eine Diskussionsrunde mit dem Publikum.

Hintergrund

Jüngste Zahlen von Eurostat zeigen, dass 109,2 Mio Personen bzw 21,7 % der EU-Bevölkerung von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Gewerkschaften fordern deshalb die **Einführung europäischer Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung**. Diese könnten dabei helfen, Armut zu überwinden und soziale Aufwärtskonvergenz in der EU herzustellen. Dabei geht es explizit nicht um eine Harmonisierung der verschiedenen Systeme, sondern um die Festlegung von Standards für robuste soziale Sicherungssysteme, die von keinem Mitgliedstaat unterschritten werden dürfen.

Vorbereitung der Veranstaltung

ÖGB, DGB und AK arbeiten seit dem Jahr 2017 zusammen. Im November 2017 wurde in Göteborg die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) proklamiert. ÖGB, DGB und AK nahmen diese zum Anlass, konkrete Forderungen zur **Arbeitslosenversicherung** auszuarbeiten. Diese wurden auf der Veranstaltung präsentiert und in einem „AK Europa Policy Brief“ mit den Logos von ÖGB, DGB und AK Europa festgehalten. Weiters werden Mindeststandards für die **Grundsicherung** gefordert. Dieses Thema wurde vom DGB präsentiert, es gab dazu kein gemeinsames Projekt.

Zentrale Statements im Rahmen der Veranstaltung

Oliver Röpke verwies darauf, dass Gewerkschaften auf die konkrete Umsetzung der ESSR drängen. Es brauche rechtlich verbindliche Mindeststandards für die Arbeitslosenversicherung (Grundsatz 13 der ESSR) und Grundsicherung (Grundsatz 14 der ESSR). Im Hinblick auf die neue Kommission gehe es nun darum, Vorschläge einzubringen, um das Ziel der sozialen Aufwärtskonvergenz konsequent zu verfolgen. Röpke verwies ebenfalls auf die Initiativstellungnahme des EWSA zu Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung.

Ingrid Reischl wies auf die tiefgreifenden Transformationsprozesse auf dem Arbeitsmarkt, hervorgerufen durch Klimawandel, Digitalisierung und eine älter werdende Gesellschaft hin. Soziale Sicherungssysteme müssten wetterfest gemacht werden. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung brauche es europäische Mindeststandards in vier Bereichen: Höhe und Dauer sowie Abdeckung

(Erfassungsrate) des Arbeitslosengeldes, gepaart mit Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung. Letztere dürfe kein „nice-to-have“ sein, sondern müsse als Rechtsanspruch mit finanzieller Unterstützung verbrieft werden. Reischl bemerkte, dass die ESSR in diesen Tagen ihren zweiten Geburtstag feiere. Es würde nun Zeit, dass sie vollständig umgesetzt werde – und „laufen lerne“.

Alice Kundtner hielt fest, dass die Forderung nach Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung sich vom Konzept der europäischen Arbeitslosenrückversicherung, welches die Kommission vorschlägt, unterscheide. Mindeststandards seien aus makroökonomischer Perspektive sinnvoll, da sie sich positiv auf den privaten Konsum auswirken, gleichzeitig gehe es um eine Verbesserung im Bereich der sozialen Sicherheit. Kundtner wies auf die aktuell bestehenden großen Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten hin und forderte eine verbindliche EU-Richtlinie. Für die Höhe des Arbeitslosengeldes forderte Kundtner mit Verweis auf OECD-Daten eine Nettoersatzrate von 75 % des vorangegangenen Erwerbseinkommens als Mindeststandard. Der Bezug des Arbeitslosengeldes solle nach einem Jahr Beschäftigung mindestens ein Jahr lang möglich sein. Wichtig sei außerdem, dass möglichst viele Menschen von der Arbeitslosenversicherung erfasst sind. Hinsichtlich der Grundsicherung bemerkte Kundtner das Problem der Nicht-Aufgriffsraten. Robuste Versicherungsleistungen, kombiniert mit Weiterbildungspolitik, verminderten die Zahl derer, die Grundsicherung bräuchten und seien das wirkungsvollste Rezept für einen Wiedereinstieg in gute, passende Beschäftigungsmöglichkeiten.

Barbara Kauffmann verwies auf das Benchmarking der Kommission im Bereich der Arbeitslosenversicherung, das einen wichtigen Beitrag zu der Beobachtung der Sozialstandards in den Mitgliedsstaaten leiste. Es sei wichtig, die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten zunächst zu erfassen, um zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls Referenzwerte erstellen zu können. Das Benchmarking generiere überdies Aufmerksamkeit, die dazu führe, dass die Mitgliedsstaaten vermehrte Anstrengungen unternähmen. Hinzu kämen die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters. Kauffmann räumte ein, dass sich Mindeststandards positiv auswirken könnten, unterstrich aber die derzeit bestehende Heterogenität der Regelungen in den Mitgliedsstaaten. Abschließend wies sie darauf hin, dass Mindeststandards im Zuge der Schaffung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung denkbar seien; dies sei eine offene Frage.

Annelie Buntentbach sprach sich klar für eine EU-weite existenzsichernde und menschenwürdige Grundsicherung aus und forderte eine EU-Rahmenrichtlinie. Sie rief in Erinnerung, dass unzureichende Sozialleistungen Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen ausüben. Bezüglich der Höhe der Grundsicherungsleistungen gäbe es EU-weit keine „one-fits-all“-Lösung. Neben der Rechtsverbindlichkeit, bedürfe es daher Methodiken, die die Höhe der Grundsicherung passgenau errechnen. Mit Verweis auf ein Rechtsgutachten des DGB argumentierte Buntentbach, dass die EU in diesem Bereich durchaus Kompetenzen habe, bislang fehle aber der politische Wille.

Weiteres Vorgehen

Die designierte Kommissionspräsidentin Von der Leyen kündigt in ihren „Politischen Leitlinien für die Europäische Kommission 2019-2024“ eine europäische Arbeitslosenrückversicherung an. Die AK wird gemeinsam mit den Gewerkschaften europäische Mindeststandards für die Arbeitslosenversicherung als Alternative bzw. als Voraussetzung für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung in die Debatte einbringen.

TOP 3.6.3 Veranstaltung: Soziale Arbeit: Eine Brücke der Solidarität mit vielen Pfeilern - 17.10.2019, Bildungszentrum AK Wien, 9-16 Uhr

Gemeinsame Veranstaltung der AK Wien mit GPA-djp, younion und vida

Verantwortliche AK Wien: Silvia Hruska-Frank, stv Abteilungsleiterin Abt Sozialpolitik

Der Themenbogen: Solidarität – Soziale Arbeit/Sozialarbeit – „Krisen der Solidarität“ – Spaltungen der Gesellschaft. Einerseits stand mit „Solidarität“ ein zentraler „Wert“ der ArbeiterInnen/Gewerkschaftsbewegung im Zentrum der Aufmerksamkeit, auf der anderen Seite eine Zielgruppe, nämlich die SozialarbeiterInnen und die Personen im weiteren Umfeld der „Sozialen Arbeit“ wie zB Betriebsräte und Gewerkschaften sowie WissenschaftlerInnen. Teilgenommen haben ca 100 Personen.

Die beiden Eröffnungsreden von Renate Anderl und Barbara Teiber waren ein sehr guter, auch inhaltlicher und nicht nur repräsentativer Start in den Tag. Es war einerseits eine schöne Anerkennung für die angesprochene Zielgruppe, dass die Veranstaltung so hochrangig eröffnet wurde. Gleichzeitig wurden für SozialarbeiterInnen drängende Themen angesprochen. Diese bekamen dann auch später im Laufe des Tages zB im World Café Diskussionsraum. Es gab bei den Reden wichtige Inputs und Impulse für die anwesenden Personen (und MultiplikatorInnen).

Die Keynote Speech hielt Prof Marc Diebäcker von der FH Campus Wien: Sein Vortrag ist sehr gut angekommen und war ein sehr schönes Beispiel dafür, wie eine wissenschaftliche Auseinandersetzung die Praxis klären, sortieren und durch alternative Perspektiven inspirieren kann.

Bei der nachfolgenden Podiumsdiskussion mit spannender Besetzung und intensiver Vorbereitung wurde sowohl ein Forschungsprojekt der FORBA zur Solidarität präsentiert als auch die Position zur Sozialarbeit (Berufspraxis, Ausbildung, Herausforderungen) der Gewerkschaften (Norbert Pelzer, Markus Netter, Gabriele Zahrer, Axel Magnus) und der Trägerorganisationen beleuchtet (Erich Fenninger, Volkshilfe Österreich).

Adi Buxbaum, Abteilung Sozialpolitik, präsentierte das Instrument „Sozialleistungen.at“ und das Buch „Sozialleistungen in Österreich“. Dieses fast maßgeschneiderte, und trotzdem offenbar dennoch kaum bekannte Service wurde dabei den Anwesenden als Arbeitsmittel präsentiert und das Angebot gemacht, dieses Service weiter auszubauen.

Der Nachmittag wurde in Form eines World-Cafés zur inhaltlichen Vertiefung genutzt. Viele Tische wurden von ExpertInnen aus Gewerkschaft und AK betreut, was auch gut für die Multiplikation war. Die breite, stimmige Themenauswahl und die spannende Gestaltung sorgten dafür, dass die meisten Teilnehmer bis zum Schluss geblieben sind. Die zahlreichen Ergebnisse aus den Workshops möchten wir in den nächsten Jahren mit den Gewerkschaften vertiefen bzw an besseren Arbeitsbedingungen für die SozialarbeiterInnen arbeiten.